

Freie Fahrt in die Umweltzone

Die Kreistagsfraktion der GRÜNEN im Landkreis Darmstadt-Dieburg kann weder die Entscheidung von Hessen Mobil, die Geschwindigkeitsbeschränkungen auf der B26 zwischen Darmstadt und Dieburg aufzuheben nachvollziehen, noch ist ihr die Begründung, dies sei wegen der „geringen Unfallzahlen“ geschehen, einleuchtend.

Lediglich aus der Tagespresse hatten die GRÜNEN, wie auch der Landkreis und die anliegenden Städte und Gemeinden von den Entscheidungsgründen erfahren.

„Wir fordern die unverzügliche Rücknahme dieser Entscheidung, die Hessen Mobil selbst gegen Bedenken der Polizeibehörde getroffen und umgesetzt hat. Der Landkreis wurde ebenso wenig angehört wie die Stadt Darmstadt und die an der Trasse liegenden Gemeinden“, so die Mitteilung der GRÜNEN.

Die Bürgerinnen und Bürger der anliegenden Kommunen sind direkt von den zusätzlichen Emissionen durch Lärm und Abgase betroffen. Die Entscheidung ist umso unverständlicher, wenn man weiß, dass in der Stadt Darmstadt die Ausweisung einer Umweltzone dringend erforderlich ist, um die Feinstaubbelastung der Anwohner vielbefahrener Straßen zu reduzieren.

Doch völlig absurd finden die GRÜNEN die Begründung für die getroffene Entscheidung, durch die Straßenerneuerung seien die Unfälle zurückgegangen und daher könne die Geschwindigkeit freigegeben werden. „Sinkende Unfallzahlen sind in der Regel Folge von Geschwindigkeitsbegrenzungen. Wenn jetzt mit den geringeren Unfallzahlen die Aufhebung von Geschwindigkeitsbegrenzungen begründet wird, dann werden in unverantwortlicher Weise Ursache und Wirkung vertauscht“, so die Fraktionsvorsitzende Brigitte Harth. Eingeführt wurde die Begrenzung auf 130 km/h seinerzeit unter anderem wegen der

verkürzten Ein- und Ausfahrten, die ein erhöhtes Unfallrisiko darstellen, wenn sich auffahrende Fahrzeuge in den mit hohen Geschwindigkeiten fließenden Verkehr einfädeln müssen. Daran hat die Straßenerneuerung nichts geändert. Sinkende Unfallzahlen sind nicht zuletzt der umsichtigen Fahrweise der Verkehrsteilnehmer zu verdanken. Behördlich angeordnete Aufhebungen von Geschwindigkeitsbegrenzungen geben nach Ansicht der Grünen ein falsches Signal.

Umweltpolitische Aspekte wurden bei der Entscheidung offenbar überhaupt nicht berücksichtigt. Während landauf landab über die Einführung von Umweltzonen diskutiert und um Verständnis geworben wird, gibt eine Behörde gleichzeitig feinstaubmindernde Regulierungen auf und erlaubt ‚freie Fahrt‘ bis an die Stadtgrenzen der stark belasteten Stadt Darmstadt. Die Grünen fragen sich, ob die Verantwortlichen wohl meinen, der auf der B 26 erzeugte Feinstaub mache an den Stadtgrenzen halt.

Selbst unter dem Aspekt des Abbaus von überflüssigen Verkehrsschildern kann die Aktion nicht gerechtfertigt werden, denn nur zugunsten der Verkehrssicherheit sind derartige Maßnahmen vertretbar, keinesfalls zu deren Lasten und auf Kosten der Umwelt. Die Grünen wollen die Erhöhung der Unfallzahlen nicht abwarten, sondern fordern eine Wiedereinführung der Geschwindigkeitsbegrenzung – jetzt.